



Das Bündnis „Stop TTIP“ will eine Million Unterschriften für eine Europäische Bürgerinitiative gegen die transatlantischen Handelsabkommen TTIP und CETA sammeln. – Alle Fotos: Pat Christ

Künftig soll er supranational organisiert werden, der Handel von Waren und Dienstleistungen. TTIP heißt das Stichwort, das seit Monaten durch die Medien geistert. Die Ängste sind groß. TTIP, wird vermutet, treibt einen auf Ausbeutung und absurdes Wachstum gerichteten Wirtschaftsprozess weiter voran. Bemerkenswert: Der Widerstand hiergegen führt eine Vielzahl von Akteuren zusammen. „Unser Bündnis gegen TTIP besteht aus mittlerweile 80 Organisationen“, sagt der Berliner Aktivist Jürgen Maier.

Reine Raff- und Machtgier steckt hinter TTIP, vermuten die Gegner. Sieger werden wieder einmal Großkonzerne und deren Anteilseigner sein. Sie brauchen immer neue Möglichkeiten, ihre Gewinne zu maximieren. Vor allem durch Deregulierungen und die Verhinderung neuer ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Regulierungsmaßnahmen.

In erster Linie deshalb kündigt TTIP großes Unglück, ist Jürgen Maier überzeugt. Kommt das Abkommen, würde es praktisch unmöglich, die notwendigen Schritte für die Transformation hin zu einer grünen oder nachhaltigen Wirtschaft zu ergreifen: „TTIP ist ein Riesenhindernis für alle künftigen Regulierungsmaßnahmen.“ Zwar setzen sich nicht alle im Bündnis organisierten TTIP-Gegner für ein humanes Wirtschaften im Sinne unserer Zeitschrift ein. „Doch die meisten Organisationen

Trojanisches Pferd TTIP

Das „Freihandelsabkommen“ ist Gegnern zufolge eine neue Deregulierungsmaschine

Pat Christ

vertreten eine andere Handelspolitik“, betont der Geschäftsführer des 1992 nach der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung gegründeten Berliner „Forums Umwelt & Entwicklung“.

Für ihn ist besonders skandalös, dass eine kleine Elite neoliberaler Ideologen hinter den Kulissen ihr Projekt einer weitgehend deregulierten Weltwirtschaft seit Jahrzehnten durchzuziehen vermag: „Mit Rückschlägen zwar, aber unbeirrt.“ Schon lange werde geheim verhandelt: „Zunächst in der WTO, jetzt in TTIP, CETA, TISA und so weiter.“ Für Maier selbst geht es dabei nicht, wie den Menschen vorgespiegelt wird, um den Handel: „Sondern um eine neue Welle von Deregulierung und Liberalisierung.“ Dies jedoch müsse verbrämt werden: „Denn nach der Finanzkrise von 2008 ist das neoliberale Modell sehr unpopulär geworden.“

Ein gefährlicher Verhandlungspartner



Dass Regulierungen in Form von New Deal, Kartellrecht, Börsenaufsicht und Mitbestimmung all jenen, denen es um profitable Kapitalverwertung geht, ein



Das internationale Bündnis „Stop TTIP“, das mittlerweile von rund 250 Organisationen getragen wird, möchte eine Europäische Bürgerinitiative (EBI) organisieren.

Dorn im Auge sind, darauf weist auch Werner Rügemer immer wieder hin. Der den Leser der **HUMANEN WIRTSCHAFT** bestens bekannte Publizist initiierte bereits im Januar einen Aufruf gegen das Freihandelsabkommen – und zwar aus Arbeitnehmersicht. Denn wenn es um Arbeitnehmerrechte geht, seien die USA ein geradezu gefährlicher Verhandlungspartner, so Rügemer.

Wichtige Normen der ILO haben in den USA keine Bedeutung. Sie wurden schlicht nicht ratifiziert. Dazu gehört unter anderem die Koalitionsfreiheit, also auch das Recht der Beschäftigten, sich, etwa in Gewerkschaften, frei zu organisieren. Während Arbeitnehmerrechte eingeschränkt werden, kämpft die Wirtschaftslobby im Zusammenhang mit TTIP, laut Jürgen Maier, um eine Ausdehnung ihres Einflusses. Sie möchte Regierungen künftig „beraten“, wie Gesetze zu ändern sind. „Proactive requirement“ nenne sich dies: „Ein demokratiepolitischer Skandal.“

Der Börsenwert von Unternehmen steigt aber nun einmal nicht durch soziales und demokratisches Verhalten. Auch wenn sich angeblich CSR-Ratings durchzusetzen beginnen. Rügemer zufolge haben inzwischen 24 von 50 Bundesstaaten in den USA so genannte „Right to work“-Gesetze implementiert, die Gewerkschaftsrechte zum Teil drastisch einschränken.

Kaum noch Mitbestimmung



Auf der Jagd nach dem Mammon lagern deutsche und europäische Unternehmen, nach Rügemers Kenntnissen, seit den 1990er Jahren verstärkt Produktionsstätten in eben diese „Right-to-Work“-Staaten aus. Denn sie wollen von der dortigen Tarif- und Mitbestimmungsfreiheit profitieren. Die Staaten der EU hätten zwar die meisten Normen der ILO ratifiziert. Doch sie halten sich in abnehmendem Maße daran.



Das internationale Bündnis „Stop TTIP“ will vor dem Europäischen Gerichtshof gegen die EU-Kommission vorgehen. Die hatte eine Registrierung der EBI im September aus formalen Gründen abgelehnt.

Viele TTIP-Gegner haben Angst um den Verbraucherschutz und fürchten den Abbau von Umweltstandards durch das Handelsabkommen zwischen der EU und den USA. Für Jürgen Maier allerdings greifen solche Detailängste zu kurz. „Abkommen wie das geplante TTIP braucht man nur, wenn man künftig deregulieren und liberalisieren will“, betont er. Das Handelsvolumen zwischen der EU und den USA sei schließlich bereits heute das größte zweier Wirtschaftsblöcke weltweit: „Die EU betreibt mehr Handel mit den USA als mit China.“ Die Zölle seien niedrig, es gebe kaum größere protektionistische Handelshemmnisse: „Vielleicht abgesehen vom Agrarsektor.“

Maier verurteilt TTIP in Bausch und Bogen, weil das Abkommen in seinen Augen ein „Trojanisches Pferd“ ist. Erklärtes Ziel sei die „regulatorische Harmonisierung“: „Und dies bezieht sich weniger auf die Gegenwart, sondern in erster Linie auf die Zukunft.“ Würde TTIP zukünftige Regulierung ausklammern, würde die regulatorische Harmonisierung mit der Zeit schnell wieder verloren gehen: „Daher soll die Harmonisierung mit diesem Abkommen dauerhaft festgeschrieben werden.“ Handelskommissar Karel De Gucht habe dafür ein „Regulatory Cooperation Council“ vorgeschrieben: „Ein nicht gewähltes Gremium von Bürokraten und Industrievertretern.“

Immense Zukunftsfolgen



TTIP ist für Maier eben wegen seiner immensen Folgen für die Zukunft zu boykottieren. Denn das „Regulatory Cooperation Council“ würde das letzte Wort bei jeder neuen Regulierungsmaßnahme haben: „Egal, ob entsprechende Vorschläge vom US-Kongress oder dem Europaparlament kommen.“ TTIP wolle eine gemeinsame Position zu den Regeln und Standards erzielen, die in Zukunft vereinbart werden: „Ziel ist keineswegs in erster Linie, die bestehenden zu überarbeiten.“



Am 11. Okt. fanden in ganz Europa zahlreiche Aktionen des intern. Bündnisses „Stop TTIP“ statt.

Der Druck auf die Regierungen, TTIP zu verhindern, dürfe nicht nachlassen, weil so zentrale umweltpolitische Erregenschaften, wie das europäische REACH-Zulassungssystem für Chemikalien, auf dem Spiel stehen. „Die gegenseitige Anerkennung von Standards würde zum Beispiel bedeuten, dass ein Unternehmen die Zulassung für eine neue Chemikalie wahlweise in Europa oder den USA bekommt“, erläutert Maier. Findet das Unternehmen das REACH-Zulassungssystem zu anstrengend, könnte es die Zulassung jederzeit in den USA nach dem dortigen, wesentlich einfacheren System beantragen: „Das dann auch in Europa gelten würde.“

vom Wohlstand der glücklichen Minderheit. Dieses Ungleichgewicht gehe auf Ideologien zurück, welche die absolute Autonomie der Märkte und die Finanzspekulation verteidigen: „Darum bestreiten sie das Kontrollrecht der Staaten, die beauftragt sind, über den Schutz des Gemeinwohls zu wachen.“



In deutschlandweit rund 3.000 Veranstaltungen machten TTIP-Gegner am 11. Oktober auf die Folgen des Abkommens aufmerksam.

Durch den neoliberalen Radikalismus entsteht auch nach Ansicht des Papstes eine neue, unsichtbare, „manchmal virtuelle Tyrannei, die einseitig und unbittlich ihre Gesetze und ihre Regeln aufzwingt.“ Außerdem entfernten die Schulden und ihre Zinsen die Länder von den praktikablen Möglichkeiten ihrer Wirtschaft. Hinzu komme eine verzweigte Korruption und egoistische Steuerhinterziehung: „Die Gier nach Macht und Besitz kennt keine Grenzen.“



TTIP, warnen die Gegner, höhlt die Demokratie und den Rechtsstaat aus.

Bemerkenswert ist, was Papst Franziskus, auf den sich katholische TTIP-Gegner wie der Sozialverband KAB berufen, vor einem Jahr in einem Lehrschreiben ausführte. Während die Einkommen einiger weniger Menschen exponentiell steigen, seien jene der Mehrheit immer weiter entfernt

Zur Autorin

Pat Christ



Pat Christ, Jrg. 1970, Magister in Kulturgeschichte an der Uni Würzburg. Seit 1990 als freischaffende Foto- und Textjournalistin tätig. Schwerpunkte: Berichterstattung aus Kultur, Bildung, Wirtschaftsethik und Wissenschaft. Zeitschriften und Magazine: Main-Echo, Bayerische Gemeindezeitung, Kulturmagazin Leporello, Stadtmagazin „Der Kessener“.